

II. THEORIE

Überblick: Der theoretische Teil gliedert sich in drei Abschnitte. Im folgenden Kapitel drei werden verschiedene Theorien vorgestellt, die Erfolg und Misserfolg bei Bürgerinitiativen zu erklären versuchen. Daraus resultieren später die Thesen als Grundlage für Teilstudie 1. In Kapitel vier geht es um theoretische Grundlagen von politischen Lernprozessen und subjektiven Auswirkungen des Engagements in Bürgerinitiativen. In Kapitel fünf schließlich werden die aus den Forschungsfragen sich ergebenden Untersuchungsthese abgeleitet und die Methodik der Gesamtstudie umrissen..

3. Erfolg und Misserfolg bei Bürgerinitiativen

Einleitend wird ein kurzer Abriss zum Forschungsstand über Bürgerinitiativen gegeben (Kap. 3.1). Anschließend wird zunächst nach Erfolgsfaktoren von Bürgerinitiativen gefragt (Kap. 3.2), bevor drei theoretische Ansätze zur Erklärung des Erfolges von neuen sozialen Bewegungen allgemein vorgestellt werden (Kap. 3.3).

3.1 Forschungsüberblick zum Thema Bürgerinitiativen

Die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema "Bürgerinitiativen" hatte ihre "Hoch"zeit in der Bundesrepublik in den 70er bis in die Anfänge der 80er Jahre. Nahezu sämtliche deutschsprachigen Monographien und Aufsätze zum Thema Bürgerinitiativen sind in den 70- oder 80er Jahren erschienen¹. Es ist bezeichnend, dass Udo Bernbach in seinem 1991 herausgegebenen Buch "Demokratietheorie und politische Institutionen" als einzigen Aufsatz über Bürgerinitiativen einen aus dem Jahre 1974 (sic!) aufnimmt.

Aber auch noch 1996 stützt sich beispielsweise der renommierte BI-Forscher Bernt Armbruster bei seinem Aufsatz über den Beitrag der Bürgerinitiativen zur politischen Sozi-

¹ Ergebnis einer von den Verfassern in Auftrag gegebenen Literaturrecherche beim Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) in Bonn.

alisation fast ausschließlich auf Arbeiten aus den 70er Jahren (vgl. Sohr et al. 1997). Grob lassen sich die vorliegenden Arbeiten über Bürgerinitiativen in drei Gruppen einteilen:

1. Bürgerinitiativen wurden nicht *an sich* untersucht, sondern "nur" in ihrer möglichen Eigenschaft als geistige und politische Herausforderung, Chance, Problem, Krisensymptom oder Irrweg des repräsentativen Systems und der Parteiendemokratie gesehen und aus demokratie-, verfassungstheoretischer oder verfassungsjuristischer Sicht beurteilt (so z.B. bei Offe 1971; Kempf 1974; Dienel 1974; Zillesen 1974, 1977; Guggenberger 1978, 1980; Thaysen 1978, 1980; Mayer-Tasch 1980, 1981).

2. Einen weiteren großen Raum nehmen Arbeiten ein, die stattgefundenen Auseinandersetzungen in erster Linie dokumentarisch und meist ohne analytische Forschungsfrage nachvollziehen. Dabei ist das Thema Atomenergie eindeutig überrepräsentiert (vgl. Welz 1984, 440) und das am häufigsten dokumentierte (z.B. Mossmann 1977; Nössler/de Witt 1976; Wüstenhagen 1975; Rucht 1980).

3. Die dritte Gruppe bilden die empirischen Erhebungen über Bürgerinitiativen. In Anbetracht von 780 Veröffentlichungen zum Thema Bürgerinitiativen, die der Sammelband von Guggenberger/Kempf (1984) auflistet, erhält man ein überraschend mageres Ergebnis, wenn man sich auf die Suche nach systematisch erschlossenem empirischem Material über die Entstehungsbedingungen, Organisationsstrukturen, Strategien und Arbeitsweisen von Bürgerinitiativen macht. Schon Kempf (1984, 299) beklagt dies; in seiner Bestandsaufnahme des empirischen Befundes kann er sich auf ganze neun empirische Untersuchungen über Bürgerinitiativen stützen (u.a.: Lange 1973; Borsdorf/Ruhl 1973; Kodolitsch 1972, Kodolitsch 1973; Batelle 1975; Andritzky/Wahl-Terlinden 1977; Kodolitsch 1980). Diese Zahl verringert sich noch weiter, wenn man sich ansieht, wie die Untersuchungen durchgeführt wurden:

So haben Albertini/von Wesebe (1981) nicht die Bürgerinitiativen direkt untersucht, sondern stützten sich nur auf die Antworten von lokalen Verwaltungs- und Polizeistellen *über* die Initiativen. Das gleiche gilt für die Untersuchungen von Otto (1976), des Bayerischen Staatsministeriums (1972/73) und von Küpper/Reiberg (1976) im Auftrag des Bundesinnenministeriums. Auf die Zahl von sechs aussagefähigen empirischen Studien für den Zeitraum von 1969-1988 gelangt Cornelia Nowack (1988). Weder für die 80er noch für die 90er Jahre liegt *eine* repräsentative empirische Studie über Bürgerinitiativen im deutsch-

sprachigen Raum vor. Kein Wunder also, dass auch Armbruster in einem aktuellen Aufsatz (1996) über die Sozialisationsauwirkungen eines Engagements in Bürgerinitiativen als empirische Grundlage seiner Ausführungen die Erhebungen aus den 70er Jahren (Rüdiger 1980, Hauff 1980 und Kempf 1984) anführt. Wenn Armbruster (1996, 460) dann aber die Sozialisationsauswirkungen so optimistisch mit "Verstärkungswirkung durch Erfolge" und "Verstetigung politischer Aktivität" beschreibt, dann erhebt sich bei mir Einspruch: können Befunde und Ergebnisse aus den 70er Jahren auf die 80er und 90er Jahre "hochgerechnet" werden?

Seit der ausufernden Finanznot von Bund, Länder und Gemeinden im Gefolge der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit herrscht zwar seit einigen Jahren kein Mangel an staatlichen Aufrufen, Deklamationen und Appellen an den "aktiven Bürger" und zu den Themen "Bürgersinn", "Bürgerarbeit" und "Ehrenamt". Auch Studien und Forschungsprojekte widmen sich zunehmend diesem Thema (vgl. Notz 2000, Klages 2000, zusammengefasst Beher et al. 1998). Doch in allen diesen Studien wird "nur" ein Rundumschlag durch alle ehrenamtlichen Dienste von der Freiwilligen Feuerwehr bis hin Kassenwart des Hundesportvereins gemacht. Es fehlen Studien, die sich ausschließlich mit (den im engeren Sinne) *politisch* ehrenamtlich Engagierten und deren Bedingungen, geschweige deren subjektiven Erfahrungen befassen. Dies gilt z.B. auch für die jüngste auf eine Telefonbefragung gestützte Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 1999 (vgl. Rosenblatt / Picot 1999 und Klages 2000). Auch dort ist der Bereich Bürgerinitiativen subsummiert in das Item "Politik und politische Interessenvertretung" - und dieser ist eingereiht zwischen dem Engagement in den Bereichen "Erwachsenenbildung, Tierschutz, Schule, Kindergarten...." u.a..

3.2 Erfolgsfaktoren von Bürgerinitiativen

Zum Stichwort "Erfolg" geben die oben angegebenen empirischen Erhebungen über Bürgerinitiativen zwar die jeweiligen Erfolgsquoten der Initiativen an, die zwischen 10% und 31% für den vollen Erfolg liegen; daneben wird auch der "Teilerfolg" zwischen 29% und 56% festgestellt²; es erfolgt jedoch keine systematische Analyse zur Erklärung der Erfolgs-

² Als Quote derjenigen Initiativen, die einen "vollen Erfolg" / "Teilerfolg" verbuchen konnten, wurden folgende Ergebnisse ermittelt (*jeweils in Prozent*): Andritzky/Wahl-Terlinden (1977): Erfolg: 10 / Teilerfolg: 35; Lange: 10 / 56; Borsdorf-Ruhl (1973): 12,1 / 48,5; Kodolitsch (1980): 30,6 / 29,4 (vgl. Kodolitsch 1984, 319).

und Mißerfolgsquoten. Es bleibt meist bei Erklärungen wie: "Beides, Berichterstattung in der Presse wie Betätigung im kommunalen Raum sind Faktoren, die die Erfolgsaussichten von Bürgerinitiativen verbessern" (Kodolitsch 1980, 98). Gabriel (1984, 271) kommt zu dem Schluß, dass "die Kenntnis des richtigen Ansprechpartners, die rechtzeitige Einschaltung in den Entscheidungsprozeß und die Fähigkeit, die politische Unterstützung durch andere lokale Organisationen zu gewinnen, ...für die Erfolgsaussichten der Initiativgruppen in der Lokalpolitik von entscheidender Bedeutung (sind)". Und es wird festgestellt, dass die Erfolgsaussichten am größten sind, wenn sie sich mit kurzfristigen, konkreten Einzelzielen befassen (vgl. Lange 1973, 284; Andritzky/Wahl-Terlinden 1977, 366).

Ansonsten rangiert bei den vorhandenen empirischen Studien das Stichwort "Erfolg" als einer von vielen anderen Punkten (Anlaß der Gründung, Aktionsformen, Organisationsform, Mitgliederzahl, Tätigkeitsbereiche, Kooperationen, Betroffenheitsgrad, etc.) und wird rein quantitativ behandelt. Es werden z.B. keine Zusammenhänge zwischen dem Erfolgsgrad (meist als Zielerreichungsgrad definiert) und den politischen (Chancen-) Strukturen der jeweiligen politischen Arenen untersucht, innerhalb derer die Initiativen tätig sind. Die vorliegende Arbeit zielt darauf, diese Forschungslücke zu schließen.

Für den Sektor der Bürgerinitiativen gibt es einzelne Fallstudien, die für unsere Fragestellung der *Analyse* der Erfolgsfaktoren unter Einbeziehung der politischen Chancenstrukturen Anknüpfungspunkte liefern: Schenk (1982, 265) weist in seiner Untersuchung zweier Initiativen nach, dass diese "ihr Einflußpotential beträchtlich erhöhen können, wenn es ihnen gelingt, über 'soziale Netzwerke' in die Macht- und Einflußstrukturen innerhalb der Gemeinde vorzudringen". Bürgerinitiativen müßten sich einen Überblick über die Zusammensetzung der lokalen Einfluß- und Machtstrukturen verschaffen, potentielle Einflußkanäle, die Zugang zur politischen Elite versprechen, nutzbar machen und Kommunikation herstellen (vgl.,ebd.). Nowack (1988) untersucht ebenfalls im Rahmen einer Vergleichsstudie von zwei lokalen Bürgerinitiativen die Frage, welche Bedingungen dafür entscheidend sind, um aus vorher unauffälligen Bürgern, einen möglichst großen Sympathisantenkreis einer Initiative werden zu lassen. Sie kommt dabei zu folgendem Ergebnis: a) Zustandekommen eines Toleranzbündnisses aller relevanten örtlichen Interessensgruppen mit Hilfe konfliktunabhängiger Beziehungen zu potentiellen oder realen Entscheidungsträgern, b) eine starke objektive und subjektive Bindung der Bevölkerung an den Wohnort, c) ein hoher Grad informeller lokaler Kommunikation (vgl. 250ff). Ebenfalls die Bedin-

gungen für *Mobilisierungserfolg* von Initiativen untersuchte Ohlemacher (1991, 1993). Netzwerkkontakte sind ein wichtiger Einflußfaktor dafür, ob *Beteiligungsbereitschaft* in tatsächliche Beteiligung umgesetzt wird (vgl. 1991, 34) - so das Hauptergebnis seiner Vergleichsuntersuchung eines "Hoch-" und eines Niedrigmobilisierungsfalles". Bereits bestehende Netzwerke - örtliche Vereine, VHS, Parteien, Elterngruppen z.B. - können protestgenerierend oder -vermittelnd wirken. Verbindet sich eine große Zahl von sozialen Netzwerken in oder mit einem Protestnetzwerk, so entstehen sogenannte "Protestrelais". Diese sind in der Lage, die gesellschaftliche Heterogenität zu integrieren. Mit anderen Worten: durch Mitgliedschaft und Engagement der aktiven BI-Mitglieder in möglichst vielen lokalen Vereinigungen und Organisationen entsteht eine "stärkere Vernetzung der Mitglieder untereinander und in die lokale Gemeinschaft hinein" (1993, 155). Dies bewirkt zwar nicht unbedingt eine stärkere *Aktionsmobilisierung*, doch wenigstens eine *Konsensusmobilisierung* - und damit ist die Vorstufe einer Aktionsmobilisierung erreicht (vgl. Klandermans/Tarrow 1988).

Der Verfasser ³ untersuchte den erfolgreichen Kampf der (1974 gegründeten) Berliner "Bürgerinitiative Westtangente" gegen den damals geplanten Bau einer Autobahn, den erfolglosen Kampf des "Vereins der Freunde des Altmühltals" gegen den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals durch das Altmühltal und den erfolgreichen Widerstand der Gruppe "SOS Loire Vivante" gegen den Bau eines Staudammes bei Le Puy an der Loire (Schneider 1992; Schneider/ Hecker 1990, 1991). Über die Frage des *Mobilisierungserfolges* bzw. - mißerfolges hinausgehend wurde die Frage nach den Gründen für den konkreten *Erfolg/Misserfolg* zu beantworten versucht. Als zusammenfassendes Ergebnis der drei untersuchten Protestgruppen wurden folgende, von den Gruppen in der Regel selbst beeinflussbare Faktoren (*gruppeninterne Erfolgsfaktoren*) ermittelt, die für Erfolg bzw. Mißerfolg der untersuchten Gruppen von Bedeutung waren:

1. Hohe thematische und konzeptionelle Kompetenz - einschließlich positiv erscheinender und überzeugender Alternativentwürfe zur offiziellen Planung.
2. Hohe politische Kompetenz: d.h. genaue Kenntnis des relevanten Politikfeldes, des Beziehungsgeflechtes zwischen relevanten Akteuren und Entscheidungsträgern, Aufbau intensiver informeller Kontakte zu politisch relevanten Stellen und rechtzeitiges Reagieren und Agieren in der politischen Arena.

³Damals noch unter dem Geburtsnamen Schneider.

3. Personelle Kontinuitäten. (Bei "SOS Loire Vivante" gabe es die bezahlte Stelle eines "campaign officers".)
4. Kreative, permanente, breite und mobilisierende (bürgernahe) Öffentlichkeitsarbeit vor Ort und überregional (Einbeziehen von bekannten örtlichen Persönlichkeiten, Nutzen der kulturellen Ebene, attraktives Angebot an Broschüren, Plakaten, Aufklebern, Buttons).
5. Aufbau und Pflege eines möglichst großen Sympathisantenkreises; z.B. mit Hilfe regelmäßig erscheinender Rundbriefe.
6. Stabile und konkret formalisierte Verzahnung der Initiative mit einer überregional agierenden Gruppe oder Organisation, die sich mit dem gleichen Themenbereich befaßt.
7. Kontinuität und Permanenz der Anstrengungen, die organisationstechnisch abgesichert sein muß.
8. Zusammenarbeit der Bürgerinitiative wie auch der überregionalen Gruppe mit anerkannten Wissenschaftlern zur Erhöhung der thematischen Kompetenz, der politischen Glaubwürdigkeit und des politischen Gewichtes.
9. Ständiger Kontakt und Versuch einer Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung.
10. Aufbau eines kommunalen Widerstandsnetzes von Initiativen mit festen Kommunikationsstrukturen und sowohl inhaltliche als auch politisch-strategische Kooperation.
11. Beschaffung ausreichender Finanzmittel (Ausschöpfung aller politisch und strategisch vertretbaren Möglichkeiten; z.B. bei thematisch nahestehenden Großverbänden, parteiunabhängigen Stiftungen, Privatpersonen etc. Außerdem über Spendenaufrufe, permanent Einzahlungsschein in den Rundbriefen, Verkauf von Broschüren, Materialien u.ä.).
12. Parteienunabhängigkeit.

Die Grenzen der drei obigen Untersuchungen liegen zum einen darin, dass ausschließlich die gruppeninternen Strukturen in ihrer Erfolgsrelevanz Gegenstand einer näheren Analyse waren - die Einflüsse der lokalen politischen Strukturen wurden nicht systematisch untersucht. Zum anderen sind die Ergebnisse, die auf der Grundlage von drei Initiativen ermittelt wurden, nicht verallgemeinerungsfähig.

Als *Zwischenergebnis* können wir folgendes festhalten: Empirische Erhebungen über Bürgerinitiativen mit repräsentativem Anspruch existieren für den deutschsprachigen Raum nur aus den 70er Jahren. Für die 80er und auch für die 90er Jahre gibt es immerhin eine kleine Anzahl von Einzelfallstudien, die eine Analyse der gruppeninternen Strukturen der Initiativen und der Mobilisierungsbedingungen eines möglichst großen Unterstützer-

oder Sympthatiesantenpotentials vornehmen. Es existiert jedoch keine Erhebung, bei der Erfolg und Misserfolg der Initiativen im Zentrum der Analyse gestanden hätte. Eine systematische Aufarbeitung sowohl von initiativinternen als auch externen politischen Bedingungen in ihrer Relevanz für den potentiellen Erfolg/Misserfolg der Gruppen auf der Grundlage einer repräsentativen Erhebung fehlt bisher für den breiten Bereich des Bürgerinitiativenspektrums. Angesichts dessen ist es verständlich, dass zum Thema "Erfolg, Wirksamkeit oder Einfluss von Bürgerinitiativen" noch kein sozialwissenschaftlicher Erklärungsansatz, geschweige denn eine Theorie entwickelt worden ist.

Da die Teilstudie 1 "Erfolg und Misserfolg bei Berliner Verkehrsbürgerinitiativen" sowohl auf der empirischen Ebene als auch - zumindest was den Bereich der Bürgerinitiativen betrifft - auf der Theorieebene in eine Lücke stößt, habe ich als theoretische Anknüpfungspunkte für die Forschungshypothesen die Theorieansätze des übergeordneten, und vor allem seit den 80er Jahren umfassender bearbeiteten Forschungsfeldes der neuen sozialen Bewegungen (NSB) gewählt. In der Literatur wird auch von "Bürgerinitiativbewegung" (Guggenberger 1980, Mayer-Tasch 1981, Rammstedt 1980, Wiesendahl 1989, Armbruster 1996) gesprochen, bzw Bürgerinitiativen werden auch als "Grundform der neuen sozialen Bewegungen" (Roth 1991) beschrieben. Daher erscheint uns die Einbettung des vorliegenden Forschungsprojektes in und das Anknüpfen an die Ergebnisse der Forschung zu neuen sozialen Bewegungen legitim.

3.3 Erfolgsfaktoren von neuen sozialen Bewegungen

Im folgenden werden drei Theorieansätze aus der Forschung über neue soziale Bewegungen beschrieben, die uns drei verschiedene Annäherungen für unsere Frage nach den Erfolgsbedingungen von Initiativenarbeit zeigen. Sie sind gleichzeitig der engere theoretische Hintergrund unserer Untersuchungshypothesen, die weiter unten explizit dargestellt werden.

3.3.1 Ressource Mobilization Theory

Nach ursprünglicher Auffassung der Vertreter der "*Ressource Mobilization Theory*" (RMT) (u.v.a.: Gamson 1975; Tilly 1978; Fireman 1979) "hängt das Entstehen, die Entfaltung und der Erfolg einer Bewegung davon ab, in welchem Maße es ihr gelingt, 'Ressourcen' (materielle Güter, Finanzmittel, Besitz, Zeit, Bürokapazität, Fähigkeiten der beteiligten Personen etc.) zu mobilisieren und für die Erreichung der Bewegungsziele einzusetzen

zen " (Nullmeier/Raschke 1989, 262). Man versuchte damit, die Aufmerksamkeit auf den rationalen, kalkulierenden Akteur zu lenken: dieser Ansatz "has focused attention away from protest as irrational and often inarticulate, utopian responses to grievances to the concrete interests, resources, skills and strategies that rational calculating actors bring to bear on their mobilization of collective protest" (Kitschelt 1991, 323). Ob mit einem solchen Konzept das Spezifische von neuen sozialen Bewegungen beschrieben werden kann, ist jedoch zweifelhaft. Die oft ganz individuell-ethischen Beweggründe - wie z.B. Verantwortung gegenüber Schwächeren oder der Natur - für politisches Engagement (so auch in der vorliegenden Arbeit bei vielen Akteuren) werden mit diesem Ansatz praktisch außer Acht gelassen.

Die Bewegungen ähnelten in diesem Konzept eher einer ganz normalen politischen pressure group und nicht einer oft aus sehr individuellen Gründen heraus die Gesellschaft gestaltende Kraft. Eine weitere Schwäche dieses Ansatzes liegt darin, dass er die Bedingungen, unter denen die Individuen ihre Ziele verfolgen, kaum in den Blick nimmt. Die Grenzen und Lücken dieser Theorieperspektive brachte der Verfechter einer modifizierten "Ressource Mobilization-Theory" Zald (1992, 327) selbst zum Ausdruck: "Although RM theory itself is becoming old hat, there are a number of problem areas that have not received the attention they deserve. This include political opportunity and state structure as determinants and constraints on social movement and outcomes, ...the role of demonstration effects, and the intersection of cultural crisis and social movement activity."

Einige Ressourcenmobilisierungstheoretiker versuchten, diese Lücke in ihrer Theorie zu füllen; "political opportunities and the relationship of social movements to the state" wurden von Perrow (1979), McAdam (1982) und Tilly (1984) zum Bestandteil ihrer Ansätze (ebd.333). Damit sind wir bei einer neuen Variante zur Erklärung von kollektivem Protest gelangt: dem Konzept der "political Opportunity Structure" (POS).

3.3.2 "Political Opportunity Structure" und "Politische Kontextstrukturen"

Das Konzept der "political opportunity structure" (POS) geht von folgender Grundannahme aus: "When people come together to pursue collective action in the context of the modern state they enter a complex and multifaceted social, political and economic environment. The elements of the environment have manifold direct and indirect consequences for people's common decisions about how to define their social change goals and how to orga-

nize and proceed in pursuing those goals" (McCarthy et al. 1991, 46)⁴. Das Konzept "Opportunity Structure" (OS) wurde von Eisinger (1973) eingeführt und von Tarrow (1983, 1989), Kitschelt (1986) und Kriese (1991) zum Rahmenkonzept der "Political Opportunity Structure" (POS) weiterentwickelt. Der Ansatz der "Kontextstrukturen" von Rucht (1989) stellt eine Weiterentwicklung des POS-Konzeptes dar. Der Grundgedanke aller drei Konzepte ist folgender: Das Umfeld, in dem die sozialen Bewegungen agieren, besitzt relativ stabile, vorgegebene Strukturen (bewegungsexterne Faktoren), die über Chancen der Bewegungen für Mobilisierung, Einfluß und Erfolg entscheiden. Tarrow sieht folgende "conditions under which protest succeeds: (1) openness and closure of political access"; (2) stability or instability of political alignments (as measured most conveniently by electoral stability); (3) availability and strategic posture of potential alliance partners" (1983, 28)⁵.

Kriese (1991, 5) benennt als externe Faktoren die "formal institutional structure, informal procedures and dominant strategies, configuration of power, strategies of authorities" und "facilitation/repression & chances of success/reform", durch welche die strategischen Optionen der Herausforderer bestimmt werden. Rucht (1989) kritisiert am Konzept POS zum einen die Fixierung auf das politisch-administrative System, zum anderen die Vernachlässigung der Funktion und Wirkung von Massenmedien auf soziale Bewegungen sowie der sozialstrukturellen, ökonomischen und sozialkulturellen Faktoren. Er bietet ein als eine von ihm entwickelte Alternative das umfassendere "*Konzept der Kontextstrukturen*" an. Es erscheint geeigneter, um der Komplexität der strukturellen Rahmenbedingungen von neuen sozialen Bewegungen (und damit auch von Bürgerinitiativen) gerecht werden zu können. Äußerst hilfreich erscheint uns die Unterscheidung von Rucht in "*historische Strukturen*" und "*konjunkturelle Strukturen*". "Historische Strukturen" sind gleichsam Hintergrund- oder Untergrundphänomene, „Boden und Korridor des möglichen Handlungsraumes" (Rucht 1989, 11). Sie sind nicht Ziel der strategischen Aktionen der Bewegungen; innerhalb des Lebenszyklusses von Bewegungen sind sie relativ stabil. Die letzten beiden Punkte gelten für die "konjunkturellen Strukturen" in der Regel nicht. Diese ändern sich - entweder aufgrund nichtbeabsichtigter Entwicklungen oder aufgrund von strategischem Handeln. *Diese* Strukturen sind also innerhalb des Lebenszyklus einer Bewegung veränderungsfähig und daher oft Ziel ihrer "Begierde". Die Änderungen der konjunkturellen Strukturen "sind somit entscheidende Determinanten für die konkrete Dynamik von Bewegun-

⁴ Zitiert nach Tarrow 1991a, 1

⁵ Zitiert nach Rucht 1989, 2.

gen, genauer : für den Wandel von Mobilisierungsmöglichkeiten, Strategien und Wirkungen" (ebd.).

Rucht nennt bei den *historischen Strukturen* folgende *Variablen*: 1. Sozialstruktur, 2. Prägnanz der Links-Rechts-Orientierung der Regierung, 3. Staatliche Interventionskapazität in die Gesellschaft, 4. Zentralisierungsgrad des politischen Entscheidungssystems, 5. Zugangsmöglichkeiten zum politischen Entscheidungs- und Implementationsprozeß, 6. Muster politischer Kultur; 7. Struktur der Massenmedien.

Für den Bereich der *konjunkturellen Strukturen* stellt Rucht folgende *Variablen* auf:

1. Änderung gruppenspezifischer ökonomischer Lagen, 2. Zusammensetzung (der Regierung; d.Verf.) und Cleavage, 3. Bündnismöglichkeiten mit Eliten, Parteien, Interessensgruppen, anderen Bewegungen, 4. Policy trends and shifts, 5. öffentliche Meinung zu issues (public attitudes), 6. Aufmerksamkeit (coverage) und Bewertungen (commentaries) der Massenmedien, 7. Stärke der Gegenbewegungen"(ebd.,15). Ein Vorschlag zur Operationalisierung der genannten Variablen schließt sich dieser Aufzählung an ⁶

3.3.3 Das Konzept "Collective Behavior" (Piven & Cloward)

Das Konzept des Collective Behavior geht idealtypisch aus vom unorganisierten, spontanen und plötzlichen Auftreten von Massen, das auch eine gemäßigte Überschreitung von Normen und Gesetzen einschließt. In dieser Art des Protestes sehen seine Vertreter (z.B. Piven und Cloward 1986) eine höhere Erfolgswahrscheinlichkeit als im organisierten und formalen Protestverhalten.

Piven und Cloward untersuchten Protestbewegungen der dreißiger Jahre in den USA: die Arbeitslosen-, Industriearbeiter-, die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen und die Bewegung der Wohlfahrtsempfänger. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Protestierenden oft dann scheiterten, wenn "organizers" eine ausgefeilte Organisationsstruktur aufbauten, feste Beziehungen zu den verantwortlichen Politikern besaßen und auf parlamentarische Einflußnahme bauten. Die Folge war nämlich: "Die Führer der Armen verwandelten sich allzu schnell von Agitatoren zu Lobbyisten, ihre Gefolgschaft wurde zunehmend inaktiv..." Die Armen hätten beispielsweise nur so lange Einfluß ausgeübt,"wie sie auf Sozial-

⁶ Die Variablen der historischen Strukturen haben wir in unserer Untersuchung nicht explizit überprüft. Aus zwei Gründen: Zum einen können sie bis auf wenige Ausnahmen (z.B. policy trends and shifts) für den Untersuchungszeitraum als relativ stabil angesehen werden, zum anderen aufgrund des begrenzten Projektrahmens. Abgesehen davon lassen sich manche dieser Variablen per se nur schwer operationalisieren (so z.B. politische Kultur).

ämtern demonstrierten und lautstark nach Unterstützung verlangten" (390f). Wenn sich Erfolge einstellten, dann ging diesen die Verletzung politischer Normen und ein nicht berechenbarer, organisatorisch nicht vermittelter Protest voraus. Auch später noch (1992) halten sie den Ressourcen-Mobilisierungs-Theoretikern vor, dass für den Protesterfolg "organizational capacity does not predict anything" (312). Außerdem betonen sie, dass die Unterschiede zwischen konventionellem und illegalem Protestverhalten in den Blick genommen werden müßten - was die Ressourcenmobilisierungs-Theorie jedoch unterlasse (301). "Vielmehr verlocken und vereinnahmen die tausendfältigen Schlingen der Kooptation", so auch Leibfried/Narr (1986, XXVI), die betonen, dass Proteste sich stets von neuem sperriger Formen bedienen müßten. Ihrer Ansicht nach ist "der Versuch, über die nicht zu unterschätzende Kraft des Negativen durch eine kritische Herausforderung herrschender Verhältnisse und Verfahrensnormen hinauszugehen, zu begrüßen". Nur so könne die Bewegung "der herrschaftlichen Verlandung entgehen" (XXVII).⁷

Die Gefahr der "herrschaftlichen Verlandung" und den Verlustes des eigentlichen Proteststachels aufgrund staatlicher Umarmung führen Leibfried/ Narr als Beleg für die Bedeutung des Ansatzes von Piven und Cloward an. Ein weiterer Grund für dessen aktuelle Relevanz liegt m.E. in der überfütterten Mediengesellschaft. "Normale" Demonstrationen, Infostände vor dem Rathaus, öffentliche Briefe an den Bürgermeister oder ähnliches sind Teil der Normalität im politischen Alltagsgeschäft geworden und liegen daher in der Regel unterhalb der öffentlichen Aufmerksamkeitsreizschwelle. Bürgerinitiativen sind aber auf mediale Aufmerksamkeitserrregung in hohem Maße angewiesen, um Druck auf die Eliten ausüben zu können.

Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen hinterlassen neben einer Bilanz relativ konkreter Erfolge weitere Spuren in Gesellschaft und im politischen System, die oft nur schwer zu messen und meist nur mittel- oder langfristig zu erkennen sind - an Bedeutung aber nicht hintanstellen. Diese Folgen wollen wir "politischer Einfluß" und "politische Wirksamkeit" nennen. Darüber mehr im nächsten Abschnitt.

3.3.4 Effekte von Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen

Konkrete Erfolge von Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen fallen nicht vom Himmel und brauchen auch einen vorbereiteten (Nähr-) Boden, um wachsen zu können. Konkret auf unsere Untersuchung bezogen heisst das: Die Tempo-30-Erfolge in den 80er

⁷Im Vorwort zu Piven/Cloward 1986.

und Anfang der 90er Jahren sind zu einem Teil sicherlich auch damit zu erklären, dass es schon seit 20 Jahren Gruppen gibt, die mit dieser oder einer ähnlichen Forderung Einfluß auf die Eliten, Entscheidungsträger und Öffentlichkeit genommen haben.

Politischer Einfluß von neuen sozialen Bewegungen wird bei Huberts (1989, 396) "defined as the effects of social movement actors and their activities on the decisions and non-decisions of political authorities". Er verbindet "politischer Einfluß" zu Recht mit Einfluß auf die politischen Entscheidungsträger. Doch muß m.E. der Einfluß der Gruppen und Bewegungen auf die Öffentlichkeit ebenfalls mitbeachtet werden. Dies ist bei Rucht (1992) der Fall. Er schlägt eine hilfreiche *Systematisierung der "effects of social movements"* vor. Als *externe Effekte* bezeichnet er (a) Einstellungs- und Verhaltensänderungen von Individuen, (b) Veränderung der öffentlichen Diskussion über die Ziele der Bewegung und ihrer Rolle als Akteur, (c) Politischer Einfluß (Forderungen oder Anliegen der sozialen Bewegungen haben direkt oder indirekt Einfluß auf politische Entscheidungen), (d) Veränderung der Machtverhältnisse. Veränderungen der Machtverhältnisse können sich auf vier Ebenen niederschlagen: 1. Veränderungen der informellen Machtkonfiguration (Veränderungen der sozialen Strukturen und Hierarchien, Bewegungsbündnisse, Bewegungsgegner und der "configuration of groups in power"); 2. Veränderungen der Verfahrensweisen formaler Regeln und in Institutionen (z.B. vergrößerte Partizipationsmöglichkeiten); 3. Einfluß auf die Führungselite; 4. Änderungen des politischen Regimes und der sozialen Ordnung - letztere würde das höchste Maß an potentiellen Bewegungseinflusses darstellen.

Interne Effekte können Vorteile für die Mitglieder ("tangible" oder "immaterial goods"), das Wachstum der Mitgliedschaft, die Stabilität der Organisation und das Zustandekommen einer ideologischen Nähe sein. Desweiteren gibt Rucht zu Recht zu bedenken, dass auch zwischen *beabsichtigten vs. unbeabsichtigten und gegenteiligen Folgen* unterschieden werden muß. So könnten beispielsweise Kooptationsangebote der politischen Gegner oder Adressaten als Ergebnis haben, dass "the moderate and radical wing of the movement may be estranged from each other and the movement splits. This process, in turn, may encourage political elites not only to repress the radical groups but also to cancel the concessions they made when confronted with a relatively powerful and unified movement." (Rucht 1992, 19).

Nachdem wir oben mögliche gesellschaftliche und gruppeninterne Effekte beleuchtet haben, wenden wir uns im folgenden den individuellen Auswirkungen von BI-Engagement zu.

4. Politische Lernprozesse und subjektive Auswirkungen des Engagements in Bürgerinitiativen

Überblick: Im folgenden wird der theoretische Unterbau von Teilstudie 2 skizziert. In diesem Teil der Gesamtstudie geht es um die subjektiven Lernprozesse während des Engagements und die individuellen Auswirkungen.

4.1 Wie entstehen Lernerfahrungen?

Der Mensch lernt, solange er lebt. Einstellungen und Verhaltensweisen werden gelernt. Seine Persönlichkeit steht in täglicher Auseinandersetzung mit seiner äußeren Umwelt, die ihm immer wieder neue Lernerfahrungen bietet oder aufnötigt. So entstehen regelrechte "lebensgeschichtliche Lernkarrieren" (Fischer/Kohr 1980), die auch in mehr oder weniger objektivierbaren (politischen) Einstellungen ihren Niederschlag finden. Letztere besitzen "handlungsleitende Komponenten" (Fischer/Kohr 1980) und beeinflussen damit das (politische) Verhalten.

Die Gesamtheit aller Lernerfahrungen in sozialen Zusammenhängen wird üblicherweise als *Sozialisation* bezeichnet (vg. Claußen 1996, 21). Als *politische Lernprozesse* wollen wir solche bezeichnen, "in deren Mittelpunkt faktisch, bewusst oder unbewusst, absichtsvoll oder unbeabsichtigt zweierlei steht:

- *Herrschaft* alsmittelbar oder unmittelbar institutionalisierte Ausübung bzw. Wirksamkeit von Macht generell,
- und/oder deren Manifestation in arbeitsteiligen, gesellschaftlichen Sinn-, Ordnungs- und Handlungszusammenhängen der *Befassung mit öffentlichen Angelegenheiten* speziell" (Claußen ebd.).

Eine Richtung in der Forschung zu politischem Lernen sieht die subjektive Persönlichkeit als die wesentliche wenn nicht sogar entscheidende Determinante für die Entstehung bestimmter politischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Psychisch Gesunde, die starken und temperamentvollen, sozialen und optimistischen Individuen seien gleichzeitig auch in besonderer Weise sozial und politisch engagiert.⁸ Fischer/Kohr (1980) attackieren diese Position heftigst - sie sehen darin eine "Versubjektivierung gesellschaftlicher Tatbestände" (39). Ihrer Ansicht nach werden politische Einstellungen und Verhaltensweisen in den entscheidenden Punkten durch die erlittenen Erfahrungen gesellschaftlich vorgegebener Tatbestände geprägt. Der Persönlichkeit schreiben sie "kaum mehr als eine dispositionale Funktion" (39) zu.

In der Teilstudie 2 werden sowohl die Persönlichkeit in ihrer Biographie, Einstellungen, das Verhalten als auch die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen innerhalb deren die Individuen handeln und zu Einstellungen gelangen, untersucht. Es wird spannend sein, an den später folgenden konkreten Ergebnisse der Studie zu sehen, welcher der eben genannten Extrempositionen unsere Resultate nahekommen werden.

Es soll hier nur darauf noch hingewiesen werden, dass es neben denjenigen Lernprozessen, die mehr die Persönlichkeit der in den Bürgerinitiativen aktiven Personen betrifft, auch ein *Organisationslernen* erfolgt (vgl. Wiesenthal 1993). Dieser Sachverhalt wurde in der Studie nicht untersucht. Was ist damit gemeint? *Einfache* Lernprozesse auf seiten der Organisation betreffen die Ebene des Inhalts von Regeln und Strukturen. Dazu zählen auch Organisationsstrukturen, wie z.B. die Art der Arbeitsteilung. *Komplexeres* Organisationslernen entsteht zwar auch durch äußere (exogene) Stimuli kann jedoch auch vollkommen

endogen bedingt sein. Es betrifft die "Tauglichkeit der Regeln bzw. Regelsysteme und setzt die Evaluation von Regelanwendungen durch Effektivitäts- und Effizienzkontrollen voraus" (9). Von besonderer Bedeutung ist dabei die "organizational knowledge base". Es betrifft neben dem Wissen um Regeln und Routinen das "Organisationsgedächtnis" (12). Man meint damit die Gesamtheit des Wissens ("kognitive frame"), das von Organisationsmitgliedern in der Interaktion untereinander oder mit der Mitwelt kommunikativ aktualisiert werden kann.

Welche Personen setzen sich aber den speziellen Lernprozessen in Bürgerinitiativen überhaupt aus? Warum tun es die einen, die Mehrheit der Bevölkerung aber nicht? Welche Faktoren spielen hier eine Rolle? Dies sind Fragen, auf die im nächsten Abschnitt näher eingegangen wird. Wir kommen zum Zusammenhang zwischen Sozialisation und Partizipation.

4.2 Sozialisation und Partizipation

Vertreter der *Politischen Wissenschaft und Politischen Soziologie* (Verba/Nie, 1972; Opp 1978; Klingemann 1991; 1992; Kaase 1992; Klingemann/ Lass 1995) untersuchten die Bedingungen und Voraussetzungen für politisches und soziales Engagement. Dabei ermittelten als die wichtigsten Faktoren: 1. demographische Merkmale (v.a. Geschlecht und Alter), 2. sozioökonomische Merkmale, 3. die Organisationsanbindung und 4. die politische Wertorientierung. Als weitere Faktoren sind Unzufriedenheit, Zeitkosten, wahrgenommener Einfluß und moralische Anreize (vgl. Opp 1997, 46ff) herausgearbeitet worden. Wir haben in Kapitel I jedoch schon zeigen können, dass es keine Untersuchungen im deutschsprachigen Raum - von länger zurückliegenden Ausnahmen aus dem Bereich der Politischen Psychologie abgesehen (z.B: Preiser/Wannenmacher 1981, Preiser 1983) gibt, in denen die intra-subjektiven Begleitprozesse und Veränderungen von aktiv engagierten Personen im Zusammenhang mit den umgebenden politisch-strukturellen Rahmenbedingungen - das Thema der vorliegenden Studien - im Mittelpunkt gestanden hätten.

Mit Einschränkung kann allein die von Karl-Dieter Opp 1997 veröffentlichte Studie genannt werden, deren Fokus zumindest im Ansatz dem hier vorliegenden Untersuchungsblickwinkel ähnelt: in seiner Panel-Studie wurden per Fragebogen 513 und in qualitativen

⁸Zimpel, (1970): Der beschäftigte Mensch. Beiträge zur sozialen und politischen Partizipation. München: Juventa, S. 43.

Interviews 13 Ostdeutsche nach ihren Erfahrungen im politischen Engagement gefragt. In der ersten Befragung (1990) bezogen sich die Fragen auf die Situation *vor der Wende*. Mit Hilfe der zweiten Befragung (1993) des gleichen Samples verfolgte man das Ziel, die Veränderung einer Reihe von Sachverhalten zu ermitteln, "z.B. wie sich politisches Engagement, moralische Einstellungen und Beziehungen zu Freunden vor und nach der Wende verändert haben" (13). Eine Studie, die es in dieser Art noch nicht gab und überfällig war. Trotzdem: Engagementerfahrungen, die man im Rahmen (1989!) einer bröckelnden Diktatur gemacht hat (und für Zehntausende auch zu einem positiven psychisch-emotionalen Großereignis wurden) in ihrer Wirkung auf ein eventuell späteres Engagement im Rahmen einer "normalen" Demokratie (1993) zu untersuchen, ist zwar ein äußerst reizvolles Projekt. Doch für die Frage, wie sich Engagementerfahrungen unter den Bedingungen einer "normalen" Demokratie auf die Betroffenen auswirken, bleibt diese Studie die Antwort von ihrer Anlage her bedingt offen.

Die *Politische Psychologie* kann in diesem Zusammenhang eine Hilfestellung leisten. Sie setzt sich die individuelle Ebene zum Schwerpunkte ihres Forschungsinteresses. Die Fragen, die dort gestellt werden, sind nicht von der Art wie "Sind 40jährige partizipationsfreudiger als 60jährige" oder "Akademiker mehr als Arbeiter", vielmehr rückt das einzelne Individuum als durch verschiedene Sozialisationserfahrungen geprägte Persönlichkeit in den Mittelpunkt. Nach Rohrman (1990, 650) hängt es insbesondere von psychologischen Einflußgrößen ab, "ob der einzelne Betroffene bei Umweltproblemen partizipiert bzw. protestiert oder nicht".

Dabei kann man *Sozialisation als "Prozess"* bezeichnen, in dessen Verlauf Individuen die von der Gruppe bzw. Gesellschaft für wesentlich erachteten Verhaltensweisen, Normen, Werte und Einstellungen erwerben, um den Anforderungen und Erwartungen der Gruppe/Gesellschaft an ihre Mitglieder gerecht werden zu können" (Dickenberger 1992, 367). *Politische Sozialisation*, um die es uns hier geht, bezieht sich auf den speziellen Bereich derjenigen Verhaltensweisen und Wertvorstellungen, die zur Rolle des Individuums als Mitglied einer Nation im Bezug zum öffentlichen Leben gehören, wie z.B. die Mitwirkung an politischen Prozessen.

Es herrscht mittlerweile in der Sozialisationsforschung breiter Konsens darüber, dass Individuen äußere Einflüsse nicht einfach undifferenziert verinnerlichen, sondern sie interpretieren und verarbeiten. Nach dem *handlungstheoretischen Modell* " - das hier favorisiert

wird - entwickeln und verändern sich (Personen) in der Auseinandersetzung mit Aufgaben, der Definition und Lösung von Problemen und dem reflektierten Umgang mit ihrer materiellen und sozialen Umwelt" (Kohli 1991, 308). Ähnlich sieht es auch Hurrelmann 1986, 64), für den "das menschliche Subjekt in einem sozialen Kontext steht, der subjektiv aufgenommen und verarbeitet wird, der in diesem Sinne also auf das Individuum einwirkt, aber zugleich immer auch durch das Individuum beeinflusst, verändert und gestaltet wird".

Da das zentrale Thema der Teilstudie 2 die intra-subjektiven kognitiven, emotionalen und motivationalen Begleitprozesse, Verarbeitung und die Konsequenzen von Engagement einzelnen Individuums sind, liegt es auf der Hand, dass die Fragestellungen der Politischen Psychologie den Schwerpunkt dieses Untersuchungsteils ausmachen. Natürlich sind die Grenzen zu Untersuchungsschwerpunkten der Politischen Wissenschaft nicht starr zu ziehen. Die Anlage der vorliegenden Untersuchung ist jedenfalls "grenzüberschreitend".

Als relevante Sozialisationsbedingungen sieht Preiser in erster Linie folgende (selbst erlebte oder beobachtete) Faktoren: Familienstruktur, Erziehungsstil, Konflikterfahrungen, Dominanzverhältnisse. Beziehungen in peer-group, Schule, Beruf sowie eigene und beobachtete Formen von Engagement von Eltern, Geschwistern, Freunden, Vorbildern etc.

Wie entsteht politisches Engagement aus Sicht der Politischen Psychologie?

(1) Für Preiser (1983) ist politische Engagement letztendlich das Ergebnis eines Zusammenspiels von Sozialisationshintergrund und Sozialisationsgeschichte, von Personenvariablen wie sozialer Kompetenz, sozialer Motivation, Kontrollbedürfnis und von Situationsvariablen. Dabei bezeichnet *soziale Kompetenz* die für soziales und politisches Handeln relevanten kognitiven, sprachlichen, aktionalen und interaktiven Fähigkeiten - also die Verfügbarkeit von Erkennen, Sprechen, Handeln und Interagieren. Soziale Kompetenz ist damit Voraussetzung für 'Selbst'-Bestimmung, Selbstverwirklichung und 'Mit'-Bestimmung (S. 15). *Soziale Motivation* steht für die sozial bedeutsamen Antriebe und Absichten einer Person. Sie stehen in Wechselwirkung mit sozialen und politischen Werten und werden verhaltenswirksam. Als weitere Voraussetzung für sozial verantwortliches Handeln sieht Preiser ausserdem objektive Handlungsspielräume, subjektiv wahrgenommene Handlungsspielräume und die Wahrnehmung der eigenen Person als potentiellen Verursacher von Konsequenzen, welche die Ziele anderer Personen betreffen (Ziel-Mittel-Relation). Weitere Voraussetzungen für politisches und soziales Engagement ist das Vorhandensein von Zielen

im sozialen und politischen Raum. D.h. die Entwicklung von Zielen, die das Zusammenleben in Gemeinschaft, Gesellschaft und Staat betreffen. Eine besondere Bedeutung kommt dem allzu menschlichen Bedürfnis zu, selbst Kontrolle über ihre Umwelt zu besitzen (*Kontrollbedürfnis*). "Personen sind dann in verstärktem Maße zu sozialem und politischem Engagement bereit, wenn sie durch dieses Engagement zumindest subjektiv Kontrollmöglichkeiten über ihr Leben und ihre Umwelt gewinnen zu können" (Preiser 1983, 167).

(2) Krampen (1984) und Simon/Schulze-Temming (1991) haben weitere Korrelationsfaktoren für das politische Engagements ermittelt. So habe sich beispielsweise gezeigt, "dass neben Merkmalen wie Extraversion, Macht- und Dominanzstreben sowie den verschiedenen Aspekten konservativer Einstellungen vor allem subjektive Kompetenz- und Effektanzuschätzungen, Machtlosigkeitsgefühle, Hilflosigkeit und Entfremdung als gesicherte Korrelate politischer Partizipation gelten" (Simon/Schulze-Temming 1991, 22).

(3) Haste (1989) und Paul (1990) ihrerseits wurden noch nach weiteren biographischen Voraussetzungen für das Entstehen von politisch-oppositioneller Handlungsbereitschaft fündig: a) frühe Anforderungen in der Kindheit zu selbständigem und eigenverantwortlichem Verhalten, b) höherer sozioökonom. Status, höhere Bildung, mittleres Lebensalter, c) Gefühl von politischer Wirksamkeit, d) geringes Vertrauen in die jeweilige Regierung, e) emotionale Ortsbezogenheit, f) offenes sprechen von eigenen Ängsten, g) Neigung auf Bedrohung eher sensibel als mit Verdrängung zu reagieren, h) starkes Gefühl von Verantwortung und Verpflichtung zum Handeln.

(4) Weitere Persönlichkeitsmerkmale von AktivbürgerInnen, auf die man in der Forschung gestoßen ist (siehe auch Fischer/Kohr 1980, 90) sind: Kontaktfreudigkeit, Soziabilität, Emotionale Stabilität, Rigidität bzw. Dominanz, Reflektivität und Genauigkeit.

(5) Sohr (2000) hat bei seiner weltweit angelegten Befragung von 600 im Umweltbereich engagierten Menschen zwei herausragende Persönlichkeitsmerkmale ermittelt: internale politische Kontrollüberzeugungen ("ich selbst kann was bewirken") und ein überdurchschnittlich ausgeprägtes sensibles "ökologisches Gewissen" - letzteres am ausgeprägtesten bei Kindern, Jugendlichen und Frauen (212).

Die eben genannten Ergebnisse haben auf die Anlage der problemzentrierten Interviews und des Interviewleitfadens ihren Niederschlag gefunden (s. Kapitel IV). Wir kommen im nächsten Kapitel zu den verschiedenen Lernmöglichkeiten und Dimensionen politischer Lernprozesse, derjenigen Akteure, die sich zum politischen Engagement entschieden haben.

4.3 Lernerfahrungen in Bürgerinitiativen

Welche Lernerfahrungen machen Menschen in Bürgerinitiativen? Nachfolgend ein kurzer Überblick über Empowerment- und Disempowermentprozesse, kognitives Lernen und Handlungslernen sowie motivationales, emotionales und soziales Lernen.

4.3.1. Empowerment- und Disempowermentprozesse

Menschen, die sich wochen-, monate- oder jahrelang für ein politisches Anliegen einsetzen, können dabei eine Vielzahl von Lernerfahrungen machen (vgl. Armbruster 1996, 460f). Es können "Erfahrungsschranken durchbrochen und neue Horizonte entdeckt" (461) werden. Vielleicht kommt es zu einem Bruch im Selbstbild vom vorher unpolitischen zum politischen Leben. Es kann zur Stärkung des Selbstbewußtseins, zum Erleben und Einüben von Solidarität und die Überwindung von Isolation und Angst, zur Aneignung von Sachkompetenz in politischen und ökonomischen Zusammenhängen, zum Erlernen von gewaltfreiem Widerstand und demokratischer Einflussmöglichkeiten und zum Einüben von Zivilcourage und Nonkonformismus beitragen. Soziale Phantasie, Utopien und Querdenken können gefördert werden. Diese eben genannten positiven und ermutigenden Erfahrungen von Aktiven möchte ich im folgenden als *Empowermentprozesse* (Stark 1996) bezeichnen. Empowerment bezeichnet dabei einen "Prozess, in dem die Menschen 'mächtig' werden, Kontrolle über das eigene Leben zu erlangen und sich Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen, die Lebenssituation, das Lebensumfeld und schließlich auch die Gesellschaft zu gestalten" (Kreusel 1998, 109). Auch kann es zu direkten politischen Bewusstseins- und Verhaltensänderungen bis hin zu Rückwirkungen auf den familiären und das weitere persönliche Umfeld kommen. Armbruster geht sogar soweit, in Bürgerinitiativen "partizipationsfördernde Sozialisationsagentur" (459) zu sehen.

Auch Roth (1993 und 1996) hebt als mögliche Lernerfahrungen u.a. Kollektivität, Solidarität, Interaktionsfähigkeiten, wechselseitige Anerkennung und Gewaltverzicht her-

vor. Er sieht die ganze Sache jedoch nicht so rosig wie Armbruster. Er hebt gleichzeitig auch mögliche frustrierende und entmutigende Erfahrungen, die ich im folgenden *Disempowermentprozesse* nenne, hervor. Roth betont, dass Bürgerinitiativen "keine freien Lebensfelder (seien), sondern auch dem mächtigen Konkurrenz- und Vereinzelungsdruck, der von den gesellschaftlichen Basisinstitutionen 'Markt' und 'Staat' in Permanenz ausgeht" (1993, 18), ausgesetzt seien. Auch gebe es noch eine Reihe weiterer Hemmnisse und Blockaden, die auf diese alternativen Lernorte einwirkten und potentiell Enttäuschung hervorrufen können (vgl. 1993, 30 und 1996, 478): a) Erfolge seien selten und oft nur "in the long run" zu erreichen. So sei die Zurechnung schwierig ⁹. Der Umgang mit Niederlagen - so Roth (1994, 30) - gehöre daher zu den "entscheidendsten Herausforderungen für kollektive Lernprozesse". b) Erreichte Erfolge seien oft hinter den Erwartungen zurück. c) Die geschichtsphilosophische Gewissheit, "die Enkel fechtens aus" sei verbraucht angesichts der Katastrophen dieses Jahrhunderts. d) Es entstünden Sisyphos-Gefühle, da selbst auf der lokalen Ebene kleinste Veränderungen nur schwer zu haben seien ¹⁰. e) Es gebe Tendenzen zur Strukturlosigkeit und Anspruchsinflation in basisdemokratischen Gruppen. f) Frustrierend sei oft auch das Maß an Zeit, Mobilität sowie die Bereitschaft zur Selbstthematizierung und Selbstveränderung in Gruppen. Insgesamt ist daher für Roth ein "dauerhaftes Engagement in sozialen Bewegungen eher unwahrscheinlich" und eher "der Rückzug ins Private oder der Übergang zum Engagement in stabileren Formen politischer Beteiligung in Parteien und Verbänden erwartbar" (1996, 478). Auch McAdam betont, dass das Engagement "can be very demanding of a person's time, energy and loyalities" (1989, 746).

Wir wollen nun versuchen, die eben genannten möglichen Lernerfahrungen in verschiedene Dimensionen aufzuspalten.

4.3.2 Kognitives Lernen und Handlungslernen

⁹Ein Beleg für die Richtigkeit dieser These: Man blättere nur das "Schwarzbuch zur Verkehrsplanung" von 1976 durch, hrsg. von Bürgerinitiative Westtangente. Was die Aktiven vor 20 Jahren gefordert haben, wird - wenn überhaupt - heute z.T. erst offizielle Politik (so z.B. das Rad als das zweitumweltfreundlichste Verkehrsmittel stärker anzuerkennen, ist jetzt soweit anerkannt, dass man heute in immer mehr Städten das Fahren in Einbahnstraßen grundsätzlich in beide Richtungen für Radfahrer zulässt.

¹⁰Dies kann der Verfasser nur bestätigen: die von ihm gegründete Verkehrsinitiative im 3000-Seelen Dorf Sexau brauchte drei Jahre, unzählige Gruppentreffen, Briefe und Gemeinderatssitzungen, Leserbriefaktionen u.a. um auch in der zweiten Hälfte des Dorfes Tempo-30-Zonen durchzusetzen. In anderen Dorfteil gab es Tempo-30-Zonen schon fast 10 Jahren.

BI-Engagement kann die eigene "Bewußtheit ('knowledgeability') erweitern. Damit ist alles das gemeint, "was die Akteure über die Umstände ihres eigenen Handelns und das anderer Akteure wissen (glauben) und worauf sie sich in der Produktion und Reproduktion dieses Handelns beziehen; hierbei handelt es sich sowohl um stillschweigendes als auch um diskursiv verfügbares Wissen" (Giddens 1988, 429). Dabei kann sich z.B. auch das "diskursive Bewußtsein" (van Dick 1984, 12) erweitern. Man versteht darunter die Fähigkeit, soziale Zusammenhänge, einschließlich der Bedingungen des eigenen Handelns verbal ausdrücken zu können. Es kann zum "aufrechten Gang und Widerstand, zur Bewußtwerdung der eigenen Kraft, Verantwortung und Befreiung" (ebd.) bis hin zur Aneignung von Expertenwissen kommen.

Dabei lassen sich *Lerntypen* unterscheiden (vgl. Wiesenthal 1993): Das *einfache Lernen* meint regelgeleitetes Verhalten und das Erlernen von Fertigkeiten und Regeln. *Komplexes Lernen* bedeutet komplexeres, spezifischeres und konsistenteres Wissen über die relevanten Zusammenhänge und Umfeldstrukturen. Solche Lernfortschritte implizieren "in jedem Falle die Möglichkeit größerer Verhaltensvarianz und Flexibilität" (11). Die Lernprozesse im kognitiven Bereich und das Handlungslernen können zu politischen, fachlichen, arbeitsorganisatorischen und subjektiv-persönlichen Kompetenzen oder zumindest zu ihrer Ausweitung und Vertiefung führen. Damit sind folgende Kompetenzen gemeint: (vgl. Kap. III und Schneider 1992, Schneider/Hecker 1991):

a) *Politische Kompetenz*": damit sind Öffentlichkeitsarbeit, die Mobilisierung der Bevölkerung, die Vernetzung mit anderen Bürgerinitiativen und Gruppen, das Wissen über das relevante Handlungsumfeld und das Know-how des politischen Agierens gemeint.

b) *fachliche Kompetenz*": damit ist die fachspezifische politische und wissenschaftliche Kompetenz, die Kenntnis des Gesamtzusammenhanges des Streitobjektes und die inhaltliche Argumentationsstärke gemeint.

c) *arbeitsorganisatorischer Kompetenz*: hier ist Stetigkeit, Verbindlichkeit, und Qualitätssicherung der Arbeit ebenso gemeint wie auch die Fragen der Finanzierung und der organisatorischen Voraussetzungen zur Mobilisierung von Sympathisanten.

d) *Subjektiv-persönliche Kompetenzen*: damit ist z.B. die Fähigkeit gemeint, über Gefühle, Interessen oder sein ethischen Urteile vor einer ihm kaum oder unbekanntem Gruppe zu reden. Eine solche Sprechfähigkeit von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Prägung kann sich in den diskursiven Auseinandersetzungen, die ein Engagement in einer BI mitsichbringen, geübt, entwickelt und entfaltet werden (vgl. Jansen 1996, 47). Im solidari-

schen Klima einer vertrauten Gruppe kann auch Neues ohne die Angst einer Bloßstellung ausprobiert werden (vgl. Roth 1996, 479). Auch das Entwickeln von Phantasie auf unterschiedlichsten Ebenen ist im Rahmen eines BI-Engagements möglich.

4.3.3 Motivationales, emotionales und soziales Lernen

Mißerfolge können bei Menschen anspornend oder hemmend für das weitere Handeln wirken. *Wann* aber wirkt Mißerfolg förderlich, wann wirkt er hinderlich für das Handeln? Neuere Untersuchungsergebnisse aus der Motivationsforschung (Brunstein 1995) zeigen, dass sowohl der einseitig situations- als auch der einseitig personenzentrierte Ansatz (der von überdauernden und situationsunabhängigen und konsistenten Persönlichkeitsdispositionen ausgeht) unzureichend sind. Der Realität angemessener erscheinen die Ergebnisse von Joachim C. Brunstein. Er verbindet in seiner Studie von vorneherein Situations- mit Personenvariablen. Er konzipiert *Zielintentionen* (längerfristige persönliche Anliegen) *als handlungsleitende Personenvariablen*. Das in unserem Zusammenhang wichtigste Ergebnis: Mißerfolg hat nur dann handlungssteigernde Effekte, wenn mindestens zwei Bedingungen erfüllt sind: "a) der Mißerfolg muß von Bedeutung für eine verbindliche Zielintention sein; b) die nachfolgende Tätigkeit muß Substitutionswert haben, d.h. auch sie muß für diese Zielintention relevant sein und somit die Möglichkeit bieten, den Mißerfolg wettzumachen" (Brunstein 1995, VIII). Wenn nur eine Bedingung nicht erfüllt ist, wirke Mißerfolg hemmend.

DeMartini (1990) kommt in seinen Studien aus den USA zu dem Ergebnis, dass das politische Verhalten im Lebenszyklus der Aktiven häufig erhalten bleibt. Ist das aber auf die Bundesrepublik Deutschland unbedingt so zu übertragen? Schon die Arbeitsergebnisse von Albert Hirschmann (1988) machen einen skeptisch - weist er doch darauf hin, dass der Normalbürger, der seine Möglichkeiten zur Mitgestaltung des politischen Umfeldes auf den Wahlakt beschränkt sieht, im Prinzip unterfordert ist und dadurch sehr leicht das Gefühl der Enttäuschung bekäme. Beginnt der Bürger jedoch sich in der Politik über den Wahlakt hinaus zu engagieren, dann macht er aller Regel die Erfahrung einer systematischen *Überforderung* - was gleichermaßen zur Enttäuschung führt (vgl. Hirschmann 1988, 130f). Er ist davon überzeugt, "dass sich bei einer Teilnahme am öffentlichen Leben lediglich die unbefriedigende Wahl zwischen übermäßiger und unzulänglicher Beteiligung bietet, und dass Engagement daher in jedem Falle auf Enttäuschung der einen oder anderen Art hinauslaufen wird" (1988, 131).

Nach Ansicht von Roland Roth (1997b) haben die "neuen Bewegungen ein phantasie- und lustvolles Handlungsrepertoire entwickelt". Es sei dazu "angetan, die Motivation der Beteiligten zu verstärken." Dass Politik auch Spaß machen kann und soll, sei allerdings "für das machtorientierte Geschehen in Parteien und Verbänden eine Zumutung" ¹¹. Andere emotionale und soziale Fähigkeiten, die ausgebildet werden können sind Toleranz, Dialogfähigkeit, Interaktionsfähigkeiten, Zuhörenkönnen, Solidarität, Kollektivität, Verantwortungsübernahme, Gewaltverzicht, wechselseitige Anerkennung und Gewaltverzicht (vgl. van Dick 1984).

5. Thesen und Methodik

Wahrscheinlich wird keiner der in Kapitel 3 vorgestellten Ansätze (Ressource Mobilization Theory, Political Opportunity Structure, Konzept von Piven und Cloward) in Anbetracht der Komplexität des Themas den Königsweg aufzeigen können, um die neuen sozialen Bewegungen im allgemeinen oder Erfolgsfaktoren für neue soziale Bewegungen und Bür-

¹¹Spaß an der Politik versetzt Etablierte in Schrecken. Es gibt den engagierten Bürger - nur beißt er mit seinem Protest meist auf Granit. In: FR v. 20.10.97.

gerinitiativen im speziellen analysieren zu können. Der Verfasser neigt hier der Auffassung von Kitschelt (1991, 343) zu, wenn er schreibt: "Fruitless and dogmatic debates about 'correct' and 'false' paradigms must be displaced by efforts to combine their insights in the analysis of substantive problematics". Auf unsere Untersuchung hin bedeutet dies, dass wir *alle drei* Ansätze als Grundlage nehmen, um unsere Fragestellung nach den Erfolgsbedingungen der Berliner Verkehrsbürgerinitiativen zu bearbeiten.

Es ist zu vermuten, dass wir für jedes der drei vorgestellten Konzepte ein spezifisches Erklärungspotential ermitteln können. Konkret gesprochen: Ergebnis der Untersuchung könnte sein, dass in manchen Fällen die politischen Kontext- und Chancenstrukturen die bedeutendere Rolle für Erfolg oder Mißerfolg der Initiativen gespielt haben, in anderen Fällen dies jedoch die gruppeninternen Faktoren waren. Und in anderen Fällen wiederum war es vielleicht das konfrontative Überschreiten gesetzlicher Schranken, das über Erfolg oder Mißerfolg des Protestanliegens in erster Linie entschieden hat. Die Teilstudie 1 versucht einen Beitrag zur Lösung der nicht ganz leichten Forschungsaufgabe zu leisten, einen flexiblen Erklärungsansatz zum Thema Erfolg, Wirkung und Einfluß von NSBs zu entwickeln, der neben den Kontextstrukturen, die Spezifika der einzelnen Bewegungstypen, die bewegungsinternen Strukturen (z.B. Professionalität) und Transferleistungen zwischen Bewegungen (bewegungsimmanente Faktoren) gleichermaßen berücksichtigt¹².

Bevor wir zur Formulierung der Thesen kommen, rufen wir uns nochmal die *Forschungsfragen* in Erinnerung (s. Kap. 2). Für Teilstudie 1 lauteten sie wie folgt:

1.1 Wie lautet die *Bilanz von Erfolg und Misserfolg* bei den Berliner Verkehrsbürgerinitiativen im Zeitraum 1973 - 1993?

1.2 Welches sind die *Gründe für Erfolg und Misserfolg*?

Da die Forschungsfrage 1.1 deskriptiv beantwortet werden kann, braucht hierfür keine These formuliert zu werden. Für Forschungsfrage 1.2 ergeben sich aufgrund der theoretischen Ausführungen folgende drei Thesen (Teilstudie 1):

¹²Vgl. Rucht 1989, 23 und HubertsS 1989, 405.

These 1a):

Der Erfolg von großstädtischen Bürgerinitiativen im Verkehrsbereich hängt vor allem von den politischen, fachlichen und arbeitsorganisatorischen Kompetenzen der Gruppe ab.

These 1b)

Die politischen Rahmenbedingungen sind die entscheidenden Faktoren für den Erfolg von großstädtischen Bürgerinitiativen im Verkehrsbereich.

These 1c)

Die Art des Protests ist der entscheidende Faktor für den Erfolg von Bürgerinitiativen im Verkehrsbereich

Auch für die Formulierung der Thesen zu Teilstudie 2 vergegenwärtigen wir uns noch einmal die postulierten *Forschungsfragen*:

2.1 Welche konkreten Erfahrungen machen die einzelnen Aktiven mit den verschiedenen politischen Akteuren in der politischen Arena: Bewirken die im Engagement gemachten Erfahrungen eher *Empowermentprozesse* oder eher *Disempowermentprozesse*?

2.2. Wovon hängt die *Art der Erfahrungsverarbeitung* ab: welche Rollen spielen dabei Erfolgsgrad der BI, der Aktivitätsgrad der Akteure und die politische Biographie bzw. Sozialisation der Aktiven?

Da auch die Forschungsfrage 2.1 deskriptiv beantwortet werden kann, brauchen wir auch hierfür keine These zu formulieren. Für Forschungsfrage 2.2 ergeben sich aufgrund der Ausführungen in Kapitel 4 folgende zwei Thesen (Teilstudie 2):

These 2a):

Die Art der Erfahrungsverarbeitung hängt vor allem von internen - individuellen (politische Sozialisation bzw. Biographie sowie Aktivitätsgrad) und gruppeninternen - Faktoren ab.

These 2b)

Die Art der Erfahrungsverarbeitung hängt vor allem von externen (politische Rahmenbedingungen und Erfolgsgrad) Faktoren ab.

Prognosen zum Ausgang der Forschungsfrage 2.1 lassen sich aus den Ausführungen in Kapitel vier ableiten: Während z.B. Armbruster (1996) und Stark (1996) eher einen optimistischen Ansatz vertreten, indem sie potentielle Empowermentprozesse betonen, verweisen z.B. Roth (1996) und McAdam (1989) auf die Gefahren von Disempowerment-Erfahrungen. Die Thesen zu Forschungsfrage 2.2. resultieren ebenfalls aus den Überlegungen in Kapitel vier: Demnach sind nach Zimpel (1970) oder Rohrman (1990) eher Ergebnisse zu erwarten, die auf die Bedeutung interner Faktoren verweisen, während wir mit Fischer/Kohr (1980) eher davon ausgehen können, dass externe Faktoren bei der Art der Erfahrungsverarbeitung entscheidend sind. Möglicherweise führt die Empirie jedoch im Sinne eines interaktionistischen Modells zu der Erkenntnis, daß sowohl interne als auch externe Faktoren zu beachten sind.

Schließlich postulieren wir aus Forschungsfrage 3 - "Welche Konsequenzen resultieren aus beiden Studien für das politische System?" (vgl. Kapitel zwei) - noch eine letzte These:

These 3)

Auch bei optimalen internen Voraussetzungen können negative Erfahrungen mit dem politischen System (und ihren Vertretern) zu einem vollständigen Rückzug aus dem Engagement führen.

Zur empirischen Überprüfung der Thesen gliedert sich die vorliegende Studie in zwei Teilstudien: in Teilstudie 1 werden mit vorwiegend quantitativen Methoden 113 Bürgerinitiativen, die in den Jahren 1973 bis 1993 aktiv waren, auf die Forschungsfragen 1.1 und 1.2 hin untersucht. Mit Hilfe eines aufwendigen statistischen Programms (SPSS) wird u.a.

eine Bilanz des Erfolgs und Misserfolgs auf der 20jährigen Zeitachse gezogen. Ausserdem wird versucht, aufgrund der von den Initiativen angegebenen und gewichteten Aktivitäten, die die Gruppen zur Durchsetzung ihres Zieles unternommen haben, einige Erfolgsfaktoren herauszufiltern. Teilstudie 1 ist quasi der Blick "von oben" auf die Arbeit von Bürgerinitiativen.

Den Blick ins Innere der einzelnen Menschen, die in Initiativen aktiv sind, unternimmt Teilstudie 2. Ziel dieser explorativ angelegten zweiten Untersuchung ist es, die persönlichen Erfahrungen und Konsequenzen sichtbar werden zu lassen (Forschungsfragen 2.1 und 2.2). Hierfür werden qualitative, problemzentrierte Interviews durchgeführt und etwa 600 einzeilig beschriebene Interviewtextseiten Satz für Satz analysiert. Antworten auf die dritte Forschungsfrage werden schließlich aus der Zusammenschau beider Studien erwartet.

An dieser Stelle sei bereits auf die methodischen Grenzen verwiesen. Weder die quantitativen Analysen auf der Basis von über 100 untersuchten Bürgerinitiativen noch die qualitativen Analysen auf der Basis von knapp 20 befragten Akteure können zu zweifellos generalisierbaren Aussagen führen. Dies liegt zum einen daran, daß der Untersuchungsgegenstand "Bürgerinitiativen und ihre Akteure" eher eine "black box" ist, als dass die Grundgesamtheit auch nur annähernd vollständig bekannt wäre. Es ist ja auch kein Zufall, dass man nicht einmal (wie wir gesehen haben) die Finger einer Hand braucht, um die Studien zu zählen, die sich der Aufgabe gestellt haben, mit dem Mittel qualitativer Interviews diese black box zumindest ein Stück weit zu öffnen. Zum anderen waren auch die finanziellen, zeitlichen und räumlichen Möglichkeiten des Autors begrenzt. Dennoch habe ich mich bemüht, in beiden Teilstudien möglichst viele Bürgerinitiativen bzw. Akteure miteinzubeziehen, allein schon deshalb, um die Vielfalt von Erfahrungen zu erfassen. Schließlich erscheint mir ein "multi-methodisches" Vorgehen am ehesten geeignet, um dem Thema gerecht zu werden.